



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/255 - 10.11.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Zur Neuwahl eines Bundestagspräsidenten	S. 1
Moskauer Trinkgespräche	S. 3
Die Saarfrage in amerikanischer Sicht	S. 4
Peinliche Fragen des John-Ausschusses	S. 6

Um die Nachfolge Ehlers

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

Als Hermann Ehlers die Augen für immer schloß, gab es in der öffentlichen Meinung nur die eine Auffassung, dass der Bundestagspräsident der zweite Mann im Staat gewesen sei. Um der Wahrheit willen darf jedoch nicht verschwiegen werden, dass zu seinen Lebzeiten sowohl dem Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers als auch im Falle seiner Verhinderung seinem Vertreter im Amt dieser Rang vorzuenthalten wurde. Einer der Kämpfe, durch die Hermann Ehlers sich um das Vaterland verdient gemacht hat, war gerade sein Ringen darum, institutionell dem Präsidenten des Bundestages als dem Repräsentanten des Parlaments diesen Rang zu erstreiten, ohne dass es ihm leider vergönnt war, den Erfolg zu erleben. Ein Vermächtnis dieses Bundestagspräsidenten sollte es daher sein, dass für die Zukunft von keiner Seite mehr diese Stellung eines jeden Bundestagspräsidenten in Zweifel gezogen werden dürfte.

Es geht dabei nicht um die Person, sogar um mehr als um die Institution, weil es eine Grundfrage der Demokratie ist, die Souveränität der Volksvertretung zur Geltung zu bringen und für jedermann sichtbar zu machen. Oft war es bei feierlichen Anlässen nicht ohne Peinlichkeit, dass dem Präsidenten des Bundestags oder seinem Vertreter im Amt dieser Rang versagt wurde. Man sollte derartige Verstöße gegen Grundgebote einer parlamentarischen Demokratie nicht dadurch zu ent-

schuldigen suchen, dass man sich der Ausflucht bedient, es komme doch auch auf die jeweilige Person an, nicht nur die Institution. Gerade damit kann man die bisher falsche Behandlung dieser Frage, an der Hermann Ehlers nicht um seineswillen, sondern wegen des ihm anvertrauten Amtes und der damit verbundenen Verantwortung litt, keinesfalls rechtfertigen, weil es eben nicht auf die Empfindlichkeiten oder das Machtbewußtsein des einen oder anderen ankommt, sondern schlechthin um die Demokratie geht.

In einer parlamentarischen Demokratie aber folgt auf das Staatsoberhaupt im Rang der Bundestag, der den Willen des Volkes verkörpert. Alle Verfassungsorgane, insbesondere aber die Mitglieder des Bundestages, sollten deshalb, um dieses von Hermann Ehlers hinterlassene Verrächnis zu vollstrecken, für alle Zukunft darauf Gewicht legen, eine Zurücksetzung des Bundestagspräsidenten nicht mehr zu dulden, notfalls sogar ihre Mitwirkung an Staatsakten verweigern, bei denen einem Präsidenten des Bundestages oder seinem Vertreter im Amt der dem Bundestag zukommende Platz vorenthalten wird.

Es gehörte zu dem Mann Hermann Ehlers, Partei zu ergreifen. Auch in seiner Amtszeit als Präsident des Bundestages hat er davon nicht gelassen, Hierüber soll nicht gerechnet werden. Jedem künftigen Bundestagspräsidenten gegenüber muß jedoch die Erwartung ausgesprochen werden, dass sich sein Amt mit einer Parteinarbeit grundsätzlich ebenso wenig verträgt wie das Amt des Bundespräsidenten. Nach der Tradition des Reichstages ergriffen seine Präsidenten in den Debatten nicht das Wort, es sei denn in einem besonderen Ausnahmefalle, der gerade ohne grundsätzliche Bedeutung war und die Unparteilichkeit des Amtes nicht berührte. So hat auch Paul L ö b e in den 12 Jahren seiner Amtsführung als Reichstagspräsident nur zweimal als Abgeordneter gesprochen, aber zu Nebenfragen, die fern den großen Auseinandersetzungen der Parteien blieben. In der Mutter der Parlamente, dem Britischen Unterhaus, wäre es nicht vorstellbar, dass sein Sprecher in einer die Nation bewegenden Streitfrage als Redner aufträte. Hierbei lässt sich auch eine Parteinarbeit innerhalb und außerhalb des Amtes nicht unterscheiden.

Der Präsident des Bundestages ist immer der Präsident. Auch außerhalb des Bundestages trifft ihn daher die Verantwortung, Unparteilich zu bleiben und sich so zu äußern, wie sich aufgrund der gemeinsamen Überzeugungen aller demokratischen Parlamentarier jedes Mitglied des Bundestages äußern könnte. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die CDU künftig die Aufgaben eines stellvertretenden Vorsitzenden ihrer Partei vom Amt des Bundestagspräsidenten zu trennen wünscht. Damit sollte der Anfang mit einer Tradition gemacht werden, die keine Parteinarbeit des Bundestagspräsidenten mehr zulässt.

Das Wort eines Mächtigen

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Senator Knowland, ein führender Republikaner, hat öffentlich für einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion plädiert. Er tat es im Zusammenhang mit dem Abschluß einer amerikanischen Superfestung durch sowjetische Jäger und wahrscheinlich war bei ihm mehr Empörung und Gefühlsreaktion als politische Überlegung im Spiel. Immerhin bleibt ein Rest von symptomatischer Bedeutung.

Auf der anderen Seite lagen dieser Tage Berichte über die ungewöhnlich herzliche Atmosphäre während einer festlichen Veranstaltung in Moskau vor, die dem 37. Jahrestag der russischen Oktober-Revolution galt und bei der sich die Machthaber des Kremls mit den Botschaftern der Westmächte und anderen Diplomaten versammelt hatten. Die, fast möchte man sagen sympathie-geladenen Trinksprüche und Freundschaftsbeteuerungen waren eine seltene Begleitmusik zur politischen Gesamtsituation (die amerikanischen Delegierten bei der JNO hatten aus Protest gegen den schon erwähnten Abschluß eines amerikanischen Bombers durch sowjetische Jäger an einem Empfang der Sowjets nicht teilgenommen).

Sicher soll man Versicherungen dieser Art bei Anlässen dieser Art politisch nicht kritiklos hinnehmen, auch nicht von vornherein überbewerten. Aber eines fällt auf und etwas anderes soll man bedenken: Zunächst ging das, was gesagt und wie es gesagt wurde, nach der Ansicht der Beteiligten über den Rahmen der obligatorischen Höflichkeit weit hinaus, ganz abgesehen davon, dass man (Pariser Verträge) sehr gegenständlich wurde. Zum anderen lehrt die Erfahrung, dass die Kreml-Diplomatie, gehemmt durch ein besonders ausgeprägtes Prestigebedürfnis und übervorsichtig auf dem normalen Verhandlungswegen von Regierung zu Regierung, politische Möglichkeiten und Absichten gern in unverbindliche Formen kleidet. Schon die Erinnerungen Churchills über Begegnungen mit Stalin geben dafür manches Beispiel. Dass man solche Hinweise und Anspielungen nicht ernst genug nahm, weil sie beim festlichen Pokulieren fielen, hat sich oft genug gerächt.

Nach dem Bericht einer amerikanischen Agentur soll Malenko einem Mitglied des amerikanischen Kongresses erklärt haben:

"Bitte, nehmen Sie diese Worte mit nach Amerika: Wir wollen in Frieden leben. Wir wollen mit dem amerikanischen Volk als Freunde zusammenleben und mit ihm zusammenarbeiten. Wir, Amerika und Rußland, waren Freunde und wollen es wieder werden."

Es wäre leichtfertig, diese Bemerkung einfach als plumpe Täuschungsabsicht beiseite zu schieben. Es hat sich etwas ganz Ähnliches vor 15 Jahren abgespielt, als Stalin, mit weniger Worten, aber in genau dem gleichen Sinn einem diplomatischen Vertreter Hitlers die Versicherungen seiner Freundschaft abgab. Sie wurden in den Wind geschlagen. Das Ergebnis ist bekannt.

Die weltpolitische Lage hat sich gründlich geändert. Die Vutzanwendung aber aus der damaligen Erfahrung und wie gesagt vielen Ähnlichen anderen sollte gezogen werden. So bestimmte Äußerungen aus dem Munde eines der mächtigsten Männer der Welt haben in jedem Falle ihr politisches Gewicht. Sie dürfen nicht ignoriert werden.

Nicht mehr als eine größere Ranch in Texas?

-ok - Der Washingtoner Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" schrieb seinem Blatt aus der amerikanischen Hauptstadt, die deutschen Übersorgen würden dort nicht verstanden, so berechtigt sie vielleicht auch sein mögen. Das Szenario sei doch nur etwas größer als eine Ranch in Texas.

Der berühmte amerikanische "Common Sense", der jahrhundertalte europäische Dome ebenso wie das Empire State Building nach ihrem Dollar-Wert zu berechnen pflegt, wird sich bei einem ersten Blick über den Atlantik möglicherweise wirklich mit Berechtigung fragen, warum sich so tiefgreifende Differenzen zwischen den Deutschen und Franzosen immer wieder an einem Gebiet entzünden, das nur 2550 Quadratkilometer umfaßt. Wir wollen uns nicht erörtern, wenn im Washingtoner State Department tatsächlich die Meinung vertreten werden sollte, diese etwas größere Texas-Ranch zwischen Deutschland und Frankreich könne doch wirklich den ganzen Völker-Streit nicht, und sie könne vor

aber nicht, dass an dieser Meinungsverschiedenheit um die Jahr die Pariser Militär-Verträge scheitern sollten. Wir wollen nicht mit den Amerikanern rechten, die sich in so hervorragender Weise um Europa und um Deutschland verdient gemacht haben. Sie haben in anderen Teilen der Welt schmerzlichere Sorgen um Gebiete, die allerdings erheblich größer und für Washington wichtiger sind als die Texas-Ranch um Saarbrücken.

Wir meinen nur, unsere amerikanischen Freunde sollten uns Deutsche zubilligen, dass unsere Sorgen um die deutsche Saar (auf dieser "Ranch" leben und arbeiten doch immerhin etwa eine Million Deutsche!) wirklich berechtigt sind. Vielleicht würden die Amerikaner diese deutschen Saarsorgen begreiflicher finden, wenn es nicht Deutsche gäbe, die so sehr bereit sind, um einer augenblicksgebundenen Politik willen "stillschweigend" auf ein Gebiet zu verzichten, das sogar von den Siegermächten 1945 als deutsch bezeichnet worden war", wie der Pariser "Express" schrieb, der dem französischen Premier Mendès-France sehr nahesteht. Wie aber soll nun das Verständnis der Amerikaner für die deutschen Saar-Sorgen erwarten, wenn sehr prominente deutsche Bundespolitiker die kleine Saar immer nur in Vergleich zu dem "Riesenwerk" der Pariser Militär-Verträge sehen und die Meinung äußern, dass in fünf Jahren kein Mensch mehr von der Saar sprechen werde?

Diese prominenten deutschen Bundespolitiker holen es sich selbst wähnt, von ihrer selbst gestellten Europe-Politik herunter als Beispiel von dem "Nationalismus" ihrer innenpolitischen Gegner zu sprechen. Mit begreiflicher Mühe wird dieses Reichwort im Ausland aufgenommen, und in der schon schon einmal genannten "Neuen Zürcher Zeitung" ließ es am Sonntag, der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer nahm "Über die Jahrhunderte hinweg unbewahrt die Befehle von Friedrich II. Geist entgegen". Dieser, wie deutschen Quellen berichtet worden ist, willigt formuliert, aber unerschrocken. Dann sahen die Befehle des Kaisers eines Staatsmannes über die Jahrhunderte hinweg wirken, dann dürfte es sich eher um Aienstein handeln. dessen Ideen von seinen Nachfahren niemals außer Acht gelassen werden sind. Der schweizerische Sender Bernradio bestätigte uns vor einigen Tagen: "Frankreich wird das in Paris zustandegekommene Saar-Abkommen unter allen Umständen als

Minimum festhalten, weil immer deutlicher wird, dass Frankreich bestrebt ist, wesentliche Teile der bestehenden und der künftigen Rüstungsindustrie Europas unter seine Kontrolle und wenn möglich in sein eigenes nationales Territorium zu bringen".

Das ist ein Programm, das sich in Geist und Inhalt der Etikettierung "europäisch" entzieht. Politiker, die das berechtigte Bestreben, solchen Absichten entgegenzuwirken, als "Nationalismus" abzutun versuchen, wirken unwahrhaftig. Die SPD, aus Tradition und im Wesen dem Internationalen verhaftet, würde ihrer europäischen Verpflichtung untreu werden, ließe sie es widerspruchslos geschehen, dass der europäische Gedanke von den Panzerketten einer militärischen Blockpolitik zermahlen wird. Europa, das aber kann doch nur echte europäische Zusammenarbeit von Freien und Gleichen sein, kann und darf nicht mit der Amputierung der Glieder des bedrängten Nachbarn beginnen. Die Schnittwunden müßten zum Brutherd der Bazillen der Mißgunst und der Entfremdung werden. Die europäische Verständigung muß vom gegenseitigen Vertrauen genährt und gefestigt werden, oder sie wird niemals leben können. Der europäischen Verständigung muß die deutsch-französische Versöhnung vorgehen. Weil das Pariser Saar-Abkommen diese Versöhnung blockiert und verhindert, muß es um Europas und des Friedens willen durch ein Abkommen ersetzt werden, das keinen der beiden Partner schwarzrot werden läßt. An der Saar entscheidet sich wirklich das Schicksal der deutsch-französischen Freundschaft und damit der europäischen Zusammenarbeit. Auch wenn dieses deutsche Gebiet nur "etwas größer als eine Ranch in Texas" ist.

+ - +

Nach 90 Tagen - John-Untersuchungsausschuß

F.B. Genau 90 Tage sind vergangen, seitdem die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag die Bildung eines Untersuchungsausschusses im Falle John gefordert hat, und vor genau 56 Tagen hat der Deutsche Bundestag einstimmig die Bildung dieses Untersuchungsausschusses beschlossen. Erst heute wird sich dieser Ausschuß konstituieren. "Lange Leitung" pflegt der Volkemund so etwas zu bezeichnen, doch es steckt mehr dahinter, als ein chronologisches Trauerpiel.

Als der Bundestag die Bildung des Ausschusses beschlossen

hatte, hieß es zunächst, daß nach dem d'Hondtschen Verfahren der Ausschuß-Vorsitz der CDU zustehen. Wenige Tage später stellte man fest, daß man sich verrechnet habe, der Ausschuß stehe der SPD zu. Die SPD nominierte daraufhin den Bundestagsabgeordneten, Rechtsanwalt und Notar Dr. Otto Heinrich Greve als Vorsitzenden. Offensichtlich hat dieser Name der CDU so in die Glieder gefahren, daß man plötzlich ein neues Verfahren ersann, um den sozialdemokratischen Ausschußvorsitzenden zu verhindern.

Technisch sah das so aus, daß man plötzlich feststellte, daß Untersuchungsausschüsse mit der Nr. 1 beginnen, so daß die CDU den Vorsitz erhalte. Und dann begann das große Schweigen in Wallen. Wochenlang hörte man von der CDU/CSU überhaupt nichts. Erst als die sozialdemokratischen Vertreter im Ältestenrat mehrfach intervenierten, nannte die CDU Termine für die Benennung einer Persönlichkeit, die prompt nicht eingehalten wurden. Schließlich wurde die Situation so unhaltbar, daß sich ein sozialdemokratischer Abgeordneter erteilte, das älteste Mitglied des Ausschusses zu bitten, von sich aus die Sitzung einzuberufen, damit der Ausschuß endlich mit der Arbeit beginnen könne. Erst nach diesem massiven Druck bequeme sich die größte Regierungspartei ihrerseits, personelle Erwägungen anzustellen und einer Vorsitzenden - vermutlich Dr. Eudorfus - in Aussicht zu nehmen.

Hier geht es um mehr als um die sprichwörtliche "Lange Leitung". Der Grund für diese Verzögerungsmanöver dürfte in dem recht unbegrenzten Antrag der SPD-Fraktion liegen, der den Untersuchungsausschuß sein Arbeitsgebiet zuweist. Die Frage rund dieses Antrages ist nicht mehr besonders aktuell, denn zu prüfen, unter welchen Umständen sich Dr. Otto John in die Sowjetzone abgesetzt hat, wird nicht viel Neues ergeben. Aktuell und vor allem für das Bundeskanzleramt recht peinlich sind die Punkte 1 bis 4 des Antrages, die der Ausschuß zu untersuchen haben wird.

So beispielsweise: ob das Bundesamt für Verfassungsschutz in Aufträge oder aus eigenem Entschluß Nachrichten über demokratiepolitische Tätigkeit gesammelt, oder über sie Berichte an die Bundesregierung geliefert hat, ob das Verfassungsschutzamt den Dienstreis über die Bundesminister des Innern eingeklärt hat und ob es schließlich Aufträge erhalten und ausgeführt hat, die ihm nicht durch den Bundesminister des Innern zugekommen sind.

Zwangsläufig werden bei diesen Untersuchungen das Bundeskanzleramt, Herr Grotte und der Bundeskanzler Rede und Antwort stehen müssen, denn es dürfte hinlänglich bekannt sein, daß dieses Amt in größtmöglicher Weise der Bundesinnenminister ausgeschaltet hat. Keine Frage, warum sich erst nach langem Drängen ein CDU-Abgeordneter fand, der diese unaufrichtige Aufgabe übernehmen wollte. Er wird jetzt zu beweisen haben, daß er nur seinem Gewissen und nicht dem Kanzler verantwortlich ist.